Nr. 326. 39. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 30. Juni 1910

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Demokratie und Oligarchie.

Worin besteht das unterscheidende Kennzeichen der Demokratie? Befragt man darüber die Reaktionäre aller Schattierungen, so wissen sie kein besseres anzugeben als dies, daß die Demokratie alles nivelliere und darum auch verflache; daß sie, statt zu einer Auslese der Menschen, zu einer öden Gleichmacherei führe; daß sie alle Verfeinerung und Unterscheidung untergehen lasse in der unterschiedslosen Masse. Und von hier aus ist dann nur noch ein Schritt bis zu der von tiefster staatsmännischer Einsicht zeugenden Behauptung des Herrn v. Bethmann Hollweg, die Demokratie führe zur Verrohung des Tones.

In der Tat aber handelte es sich hierbei nicht um die Demokratie, sondern um ein zurechtgemachtes Zerrbild derselben. Viele stellen der Einbildungskraft ein solches Zerrbild natürlich in doloser Absicht vor Augen, weil es ja ein beliebtes Kampfmittel ist, das, was man bekämpfen will, zu entstellen, um es desto leichter treffen zu können. Viele aber nehmen diese karikaturmäßige Vorstellung auch wohl gutgläubig auf, die so lange und so eifrig in deutschen Landen genährt worden ist.

In Wahrheit ist aber nichts törichter als das Vorurteil, das Prinzip der Demokratie sei eine öde Gleichmacherei und Massenkultur, und nichts verkehrter als das Vorurteil, — das allerdings sogar in staatsrechtlichen Lehrbüchern spukt! — Demokratie und Aristokratie bildeten einen ausschließenden Gegensatz. Denn überall gibt es eine Auslese, überall Führende und Geführte, in diesem Sinne also selbst in den am meisten demokratischen Organisationen und Staaten überall auch eine Aristokratie. Es fragt sich nur immer, in welcher Art jene Auslese stattfindet, wie und kraft welchen Rechts die einen Menschen über die anderen hinausgehoben, zu Führenden oder zu Herrschenden bestimmt werden. Und hier erst setzt die demokratische Grundforderung ein: alle haben gleichen Anspruch und gleiches Recht, entscheidend dürfen also nur diejenigen Vorzüge sein, durch die alle Menschen gleichwertig bestimmt werden, vor allem also die Vorzüge der Intelligenz und des Charakters. Wenn also das Wort Aristokratie in seinem ursprünglichen eigentlichen Sinne genommen wird, wonach es nichts anderes bedeutete als die Herrschaft der Besten, dann ist gerade die Demokratie nicht nur kein Gegensatz zur Aristokratie, sondern deren Erfüllung und Vollendung. In diesem Sinne hat ein französischer Schriftsteller die Grundtendenz jeder echten Demokratie treffend bezeichnet mit den Worten: es sollen die Besten des Volkes sich zwischen das höhere Gewissen und die große Menge stellen und so die letztere durch Erleuchtung ihrer Bestimmung entgegenführen. Und daß diese Tendenz in fortgeschrittenen Demokratien, ungeachtet aller Schwächen, die nirgendwo fehlen, auch tatsächlich zur Geltung kommt, das lehrt jeden Unbefangenen ein Blick auf die politischen Verhältnisse in Nordamerika, Frankreich, England usw., das hätte jüngst allem eine Persönlichkeit wie Theodor Roosevelt schon lehren können.

Der eigentliche „klassische" Gegensatz zur Demokratie ist also ganz und gar nicht die Aristokratie, sondern die Oligarchie, das heißt ein solcher politischer Zustand, bei dem nicht die besten, nicht die durch Intelligenz und Charakter am meisten Hervorragenden die Herrschenden sind, sondern gewisse Klassen oder Gruppen oder Koterien, welche die Macht des Staates zu ihren egoistischen Zwecken mißbrauchen wollen. Sie wollen also auch gar nicht das Volk, die Beherrschten im eigentlichen Sinne „führen", sondern nur unterwürfig halten; sie wollen das Volk auch nicht seiner, das heißt seiner eigenen Bestimmung, sondern nur ihrer eigenen Bestimmung entgegenführen, das heißt ihren besonderen Zwecken dienstbar machen; und meist wollen sie das Volk auch ganz und gar nicht „erleuchten", sondern nur so weit als es sich mit dem Geist der Unterwürfigkeit, den sie erstreben, verträgt.

In diesem Sinne ist natürlich auch Preußen eine Oligarchie. Ja, es wird heute kaum einen Kulturstaat geben, in dem noch, heute, im Zeitalter der Demokratie, das entgegengesetzte oligarchische Prinzip so scharf ausgeprägt, so, möchte man sagen, in Reinkultur erscheint. Der Staat ist die Domäne einer kleinen privilegierten Bevölkerungsschicht, und die ihr Zugehörigen, nicht die in demokratischem Sinne Besten und Tüchtigsten, führen und beherrschen das Volk.

Im wesentlichen ist Preußen eine Oligarchie des adeligen Großgrundbesitzes. Aber es ist charakteristisch, daß sich diesem jetzt, bei der Entscheidung über die Wahlrechtsvorlage ebenso wie in früheren Fällen zur Abwehr einer demokratischen Entwickelung, wieder — die Trustmagnaten der Großindustrie zugesellen. Sie haben ja die oligarchische Tendenz mit den Feudalherren gemeinsam. Wie diese wollen auch sie nicht, daß die Besten und Tüchtigsten führen und vom politischen Leben emporgehoben werden, sondern diejenigen, welche ihrer Dividendenpolitik am nützlichsten erscheinen. In fortgeschrittenen demokratischen Staaten bilden ja diese Trustmagnaten die hauptsächliche, oft die einzige Gefahr, die der demokratischen Entwickelung im oligarchischen Sinne drohen kann, weshalb ein Mann wie Roosevelt auf diesen Punkt die öffentliche Aufmerksamkeit in seinem Lande immer wieder hinzulenken sucht. Bei uns dagegen stehen sie noch in zweiter Reihe, sie können ihre oligarchischen Tendenzen nur verwirklichen, wenn und soweit ihnen dies vom feudalen Großgrundbesitz erlaubt wird und innerhalb der agrarisch-konservativen Gesamtpolitik möglich erscheint. Da aber beide die oligarchische Tendenz verbindet, da beide in der Demokratie den Feind, in der Entwickelung zur Demokratie hin das Ende aller Dinge erblicken — was Wunder, daß sie, wie erst kürzlich wieder bei der Wahlrechtsvorlage, sich begegnen und sich zu vereinigen streben.

Es ist immer besonders wichtig für jede Art politischer Entwickelung, wenn sie durch Klarheit in der politischen Konstellation sich vorbereitet. In diesem Sinne war auch die Stellungnahme der rheinisch-westfälischen Industriemagnaten im Kampfe um die Wahlreform ein wertvoller Fortschritt. Denn diese Stellungnahme scheidet die Parteien noch schärfer, als dies vorher der Fall war, und klärt noch deutlicher auf über den klassischen Gegensatz, um den der ganze Kampf sich dreht: Demokratie gegen Oligarchie.

M. K.

Der russisch-japanische Mandschureivertrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✕ **Petersburg**, 30. Juni.

Die Meldung Londoner Blätter von der Unterzeichnung eines politischen Uebereinkommens zwischen Rußland und Japan bestätigt sich nicht. Wohl haben in letzter Zeit, nach der Rückkehr des japanischen Botschafters, Barons Motono, aus Tokio, Verhandlungen wegen einer Eisenbahnkonvention stattgefunden, deren Unterzeichnung wohl am Sonntag oder Montag erfolgen wird. Diese Konvention behandelt aber nur Tariffragen und enthält nichts über Korea. Nach der Unterzeichnung dieser Konvention beabsichtigen Rußland und Japan sich mit einer Note an alle befreundeten Mächte zu wenden, in der sie darauf hinweisen werden, daß beide Mächte bestrebt sind, den status quo in der Mandschurei aufrecht zu erhalten, da sie mit der gegenwärtigen Lage zufrieden seien und gar nicht daran dächten, die Lage im fernen Osten zu ändern.

Clemenceaus Vortragsreise.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✕ **Paris**, 30. Juni.

Clemenceau wird ungefähr fünf Wochen in Argentinien und drei Wochen in Brasilien bleiben. Anfang Oktober gedenkt er wieder in Paris zu sein. Er ist für zwölf Vorträge verpflichtet, deren jeder mit 10000 Francs bezahlt wird. Clemenceau machte im Gespräch mit seinen Freunden kein Hehl daraus, daß ihn das große Honorar gelockt hätte. Er sagte lächelnd: „Wie Sie wissen, hat mich die Politik bisher nicht reich gemacht. Nun will ich noch einmal versuchen, ob mit der Demokratie kein Geld zu verdienen ist." Die Demokratie ist das Thema für die Vorträge des früheren Ministerpräsidenten. Er hatte ein Buch über die Entwickelung der Demokratie vor, als er zu der Vortragsreise aufgefordert wurde, und wird nun, wie er scherzend sagte, das Buch im Sprechen schreiben. Die sechs Vorträge, die so zu sechs Kapiteln werden, haben die Ueberschriften: „Der Beginn der Demokratie. — Demokratie und Parlament. — Demokratie und Regierung. — Demokratie und Politik. — Demokratie und Religion. — Demokratie und Krieg." Diese Vorträge werden nach der Rückkehr Clemenceaus als Broschüren erscheinen.

Die Petersburger Spionageaffäre.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✕ **Petersburg**, 30. Juni.

Die Verhaftung des Vertreters des Wiener Korrespondenzbureaus, Barons Ungern-Sternberg, ist, wie ich von informierter Seite erfahre, auf direkten Wunsch des Kriegsministers General Suchomlinow erfolgt. Seit etwa Jahresfrist machte das russische Kriegsministerium die Beobachtung, daß im Großen Generalstab und in anderen Behörden wichtige Dokumente kopiert wurden, die sonderbarerweise stets nach Oesterreich verkauft worden sind. Leider erlegt mir der Stand der ganzen Angelegenheit eine gewisse Diskretion auf, doch kann gesagt werden, daß sämtliche Nachrichten über diese Papiere und ihren Inhalt von dem Vertreter einer fremdländischen Macht herrührten. Da dieser systematische Verrat den Kriegsminister sehr beunruhigte, wurde eine scharfe Beobachtung von verdächtigen Personen vorgenommen, die unter anderem zur Verhaftung Sternbergs führte und eine Reihe von Militärbeamten in Mitleidenschaft zog. Die Beobachtung Sternbergs ging so weit, daß die russische Polizei genau darüber orientiert war, wie oft, wann und wo Baron Sternberg mit dem Vertreter des fremdländischen Militärattachés zusammentraf.

Bei dem gegenwärtigen Stand der ganzen Frage glaubt man hier nicht mehr an die Unschuld Sternbergs. Heute veröffentlicht das „Nowoje Wremja" nach Angaben der „Ochrana" eine Art von curriculum vitae des Barons, das ihn nach allen Seiten hin schwer kompromittiert. „Vor Jahren", schreibt das Blatt, „diente Baron Sternberg in einem russischen Kavallerieregiment, unterschlug dort Gelder und mußte den Dienst verlassen. Nach kurzem Dienst in der Fremdenlegion in Südafrika als Gemeiner desertierte Sternberg und ging nach Spanien, wo er als Journalist für englische

Humanismus und Schule.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor **Wilhelm Ostwald.**

Der Fürst von Monaco ist bekanntlich nicht nur ein allgemeinem, sondern auch ein wissenschaftlich, das heißt naturwissenschaftlich gebildeter Mann, der sich speziell mit Tiefseeforschungen beschäftigt und auch schon mancherlei im allgemeinen Sinn für die Wissenschaft getan hat. Da in seinem Lande noch keine mittleren und höheren Bildungsanstalten vorhanden sind, so hat er die Beseitigung dieses Mangels ins Auge gefaßt und zunächst die Errichtung einer Mittelschule entsprechend dem deutschen Gymnasium oder dem französischen Lycee geplant. Entsprechend der Bewegungsfreiheit, deren er sich in solcher Beziehung erfreut, hat er die Frage im Sinne eines maximalen Güteverhältnisses der zu errichtenden Anstalt zu lösen gesucht und zu ihrer Beantwortung den bekannten Pazifisten und Internationalisten Gaston Moch mit einer internationalen Untersuchung der gegenwärtigen Einrichtungen solcher Lehranstalten betraut. Dieser hat alsbald vergleichende Studien angestellt, die ihn von Paris durch Mannheim, Stuttgart, München, Zürich, Bern, Lausanne, Genf, Christiania führten. Daß er an allen Orten die bereitwilligste und ausführlichste Auskunft erhalten hat, ist selbstverständlich. Ueber seine Ergebnisse hat er einen ausführlichen Bericht an seinen Auftraggeber erstattet, der in einem stattlichen Quartbande (Rapport à S. A. S. le Prince Albert Ier sur une mission à l'etranger en vue de la création d'un Lycée à Monaco. Imprimerie de Monaco 1910) gedruckt vorliegt und so viel des Lehrreichen enthält, daß ein kurzer Bericht darüber auch dem deutschen Leser von Wert sein wird. Umsomehr, als wie das Verzeichnis der besuchten Städte ergibt, deutsche Anstalten mit besonderer Vorliebe erforscht worden sind.

Das Ergebnis ist sehr bemerkenswert. Während Moch nicht Worte genug des Lobes über die technischen Einrichtungen der deutschen Lehranstalten, vom Gebäude bis zum W.-C. finden kann und in dieser Beziehung nur in der Schweiz Vergleichbares angetroffen hat (die französischen Anstalten sind hierin ganz außerordentlich rückständig), so denkt er andererseits auch nicht im entferntesten daran, das humanistische Gymnasium, das von den Altphilologen und den von ihnen Hypnotisierten als die höchste Blüte deutscher Kultur gepriesen wird, zur Nachahmung zu empfehlen. Es erscheint ihm vielmehr ebenso rückständig, wie die Gebäude und Einrichtungen der französischen Lyceen, in deren Unterrichtsorganisation er vielmehr das Wünschenswerte (bis auf einige Mängel, die sich beheben lassen) verwirklicht sieht. Hierbei ist zu betonen, daß Moch sich durchaus nicht als schöpferischer Neuarbeiter in dem pädagogischen Gebiet zu betätigen versucht. Er hat sich vielmehr streng auf den Standpunkt des Beobachters beschränkt, der vergleichende Studien über das Vorhandene anstellt, um aus diesem das beste herauszufinden, und keineswegs die sich darbietende Gelegenheit benutzen möchte, um selbständige Erziehungsideale der Zukunft auszuführen. Mir scheint, daß durch diesen unbedingten Wirklichkeitsstandpunkt die von ihm geübte sachlich-technische Kritik um so mehr an Gewicht gewinnt.

Der große Vorzug, den er den französischen Lyceen zuschreibt, ist der, daß sie das Problem der Anpassung des Unterrichts an die Persönlichkeit des Schülers in einem ziemlich weiten Umfange gelöst haben. Dies geschieht gemäß dem Schulgesetz von 1902 in folgender Weise: Die beiden ersten Jahre des achtjährigen Kurses im Lyceum (Gymnasium) sind lateinfrei und allen Schülern gemeinsam. Dann trennen sich die Wege ein erstes Mal für die nächsten vier Jahre. Eine Abteilung A hat von nun an Latein und zwei Jahre später fakultativ Griechisch, während die Abteilung B verstärkten naturwissenschaftlichen Unterricht und daneben Stunden in der Buchführung und im allgemeinen Recht hat. Diese zweite Abteilung wird insbesondere auch von solchen besucht, die damit den Unterricht abschließen wollen, um sich einem praktischen Lebensberuf zu widmen.

Für die beiden letzten Schuljahre haben die Schüler der Abteilung A vier Möglichkeiten, die durch die Kennworte: Griechisch, Lateinisch — Lateinisch — neuere Sprachen, Lateinisch — Naturwissenschaften und neuere Sprachen — Naturwissenschaften bezeichnet werden. Der ersten Gruppe schließen sich nur die an, die hernach Philologen werden wollen. Sie ist auf den an, die hernach Philologen werden wollen. Sie ist auf den französischen Lyceen meist im Aussterben begriffen und wird für das in Monaco zu errichtende Institut von dem Berichterstatter überhaupt nicht in Aussicht genommen. Sie entspricht am meisten unserem humanistischen Gymnasium. Für die zweite Gruppe entschließen sich die vorwiegend sprachlich-literarisch begabten Schüler, die sich für entsprechende Universitätsstudien vorbereiten wollen. Die dritte Gruppe gewährt denen, die erst später ihr naturwissenschaftliches Herz entdeckt haben, nachdem sie bereits in die Abteilung A des mittleren Kursus eingetreten waren und sich nun eingehender in solcher Richtung entwickeln wollen, ohne auf das Latein zu verzichten, die Möglichkeit einer stärkeren naturwissenschaftlichen Ausbildung. In die vierte Gruppe endlich treten solche ein, die das Latein überhaupt aufgeben wollen. Sie haben es insgesamt vier Jahre gehabt.

Die Schüler der Abteilung B treten alle in die vierte Gruppe: lebende Sprachen-Naturwissenschaften.

Endlich gibt es noch für das letzte Schuljahr eine Teilung, je nachdem der Schwerpunkt der Ausbildung nach der mathematischen oder der philosophischen Seite hin verlegt werden soll.

Die scheinbare Verwickelung dieser Organisation ist dadurch technisch leicht durchführbar gemacht, daß für die mittlere und obere Abteilung das System der Fachlehrer weitgehend angewendet worden ist. Je nach dem gewählten Kurs werden die Stunden des einen oder anderen Lehrers besucht, die sich immer so kombinieren lassen, daß keine Ueberlagerungen oder Zeitverluste entstehen.

Zur besseren Durchführung dieses Systems, das Gaston Moch auch für die zu gründende Anstalt empfiehlt, soll eine Einrichtung dienen, die er in der Schweiz ziemlich allgemein vorgefunden hat, und die gleichfalls besondere Vorzüge gegenüber dem bei uns Üblichen zu besitzen scheint. Jedenfalls gibt er an, daß kein Schweizer Lehrer, der sie einmal benutzt hat, von ihr abgehen will. Sie besteht darin, daß nicht den verschiedenen Klassen die verschiedenen Zimmer des Schulhauses angewiesen werden, sondern den verschiedenen Lehrern. Jeder Lehrer hat daher sein besonderes Unterrichtszimmer, das er diesem Unterricht und seiner Persönlichkeit gemäß einrichtet. Es fühlt sich also nicht, wie in Deutschland, die Schülerschar als Herr des Raumes, den der Lehrer nur zum flüchtigen Besuche der einzelnen Stunde betritt, sondern die Schüler sind umgekehrt bei den einzelnen Lehrern zu Gast. Hierdurch wird für die Schüler eine große Mannigfaltigkeit der Eindrücke und eine ausgesprochene Atmosphäre des besonderen Faches bewirkt, die